

Rußlandmennoniten suchen die Freiheit

Der Aufbruch nach Moskau: Ursachen und Folgen (1929/1930)

I.

Vor 65 Jahren, im Spätherbst und Winter 1929/1930, ereignete sich für einen Teil der rußlanddeutschen Mennoniten das, was man später als „Tragödie von Moskau“ bezeichnet hat.

Fünfzehntausend Rußlanddeutsche, überwiegend Mennoniten, hatten sich ab September 1929 in den Vororten von Moskau eingefunden, um bei den zuständigen Regierungsstellen die Erlaubnis zur Auswanderung zu erwirken. Nach mühseligen, über Wochen und Monate sich hinziehenden Verhandlungen, gelang schließlich einem Drittel der zur Emigration entschlossenen Menschen die Ausreise, vorerst nach Deutschland. Die übrigen wurden von den sowjetischen Sicherheitskräften teils in ihre Heimatdörfer zurückgeführt, teils in sibirische Einöden oder in den Hohen Norden verbannt. Wie war es zu dieser Schicksalswende im Leben der Rußlandmennoniten gekommen?

Erst in den letzten Jahren sind die Archive der Partei- und der Verwaltungsorgane aus der damaligen Zeit zugänglich gemacht worden, so daß man nunmehr Einblick in bisher geheimgehaltenes Material bekommen kann. Endlich ist es möglich, genaue Kenntnis darüber zu erlangen, wie die sowjetischen Regierungsstellen und Parteiorgane die Auswanderungsbestrebungen der Mennoniten in den 20er Jahren eingeschätzt haben, welche Gegenmaßnahmen sie ergriffen und wie sie versuchten, die in ihre Heimatdörfer Zurückgeführten zu „reintegrieren“. Selbst die höchste Parteiinstanz, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Moskau, hat sich, wie wir jetzt wissen, verschiedentlich mit der Auswanderung der Mennoniten beschäftigt. Manches erscheint nun in einem anderen Licht. In dem vorliegenden Aufsatz ist das inzwischen bekanntgewordene Archivmaterial verwertet worden, soweit es von dem Historiker V. I. Brul in seinem 1995 erschienen Buch „Nemcy v Zapadnoj Sibiri“ veröffentlicht worden ist.¹

II.

Im Jahre 1928 verkündete die Sowjetregierung den ersten Fünfjahresplan, der das Schwergewicht auf eine beschleunigte Industrialisierung legte; dabei hatte die Schwerindustrie Priorität. Da die Sowjetunion nicht über genügend

Devisen verfügte, jedoch auf industrielle Ausrüstung und Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen war, mußte sie den Export steigern. Dazu standen ihr vor allem landwirtschaftliche Produkte und Holz zur Verfügung. Es wurden Getreide, Butter und Zucker exportiert, obwohl diese Nahrungsmittel im eigenen Lande dringend benötigt wurden. „Auch in den Hungerjahren wurde auf die Ausfuhr von Getreide ins Ausland zu Dumpingpreisen nicht verzichtet. Durch einen Verzicht auf eine derartige Dumpingausfuhr hätte das Getreide für den eigenen Bedarf allemal befriedigt werden können.“²

Um an die erforderlichen Getreidemengen heranzukommen, kehrte die Regierung wieder zum System der Zwangsablieferung zurück, wie zur Zeit des Kriegskommunismus in den Jahren 1918 bis 1921. Und wie damals wurde dem Bauern auch jetzt das letzte Korn genommen, so daß er selber nicht das tägliche Brot hatte; auch das Saatgetreide wurde requiriert. Der gewünschte Erfolg aber blieb aus.

Zwecks Sicherstellung des Exportgetreides beschloß die kommunistische Partei im Jahre 1929 die allgemeine Kollektivierung der Landwirtschaft. Auf diese Weise konnte die Regierung über sämtliches Getreide, das geerntet wurde, beliebig verfügen, ohne mit den einzelnen Bauern verhandeln zu müssen. Sie konnte die Aufkaufspreise nach Gutdünken festsetzen und damit die Verdienstspanne bei landwirtschaftlichen Produkten auf eine bis dahin unerhörte Höhe (zum Teil bis zu 400 %) zugunsten des Staates festlegen.³

Unverzüglich und völlig überstürzt, ohne jegliche organisatorische und psychologische Vorbereitung, machte man sich an die gewaltsame Verwirklichung der beschlossenen Maßnahmen. Die Folgen waren katastrophal: Es brach eine Hungersnot aus, welche allein in der Ukraine mindestens sechs Millionen Tote forderte. Die Bauern wehrten sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften. „Es war eine jener elementaren, großen Bauernrevolten gegen die Staatsgewalt, die Rußland seit altersher in einem periodischen Rhythmus erschütterten; jetzt war es der rote Zar, gegen dessen Maßnahmen sich die Empörung in ohnmächtiger Verzweiflung aufbäumte.“⁴

Mit der Kollektivierung ging die sogenannte Entkulakisierung einher. Dies bedeutete, daß jeder Bauer, der nach den Begriffen der kommunistischen Behörden als zu reich eingestuft wurde, seines Vermögens enteignet und anschließend verbannt wurde. Hiervon waren die Mennoniten besonders betroffen, weil sie duchgängig als „reich“ galten. Es gab keine Kriterien, nach welchen ein Bauer als Kulak⁵ eingestuft werden mußte, praktisch wurde jeder zum Kulaken gestempelt, der sich weigerte, in den Kolchos einzutreten.

Bevor es zur Entkulakisierung kam, wurden die Bauern mit einem Sonder-soll an Getreideablieferungen belegt. Dieses war so hoch, daß es unmöglich

erfüllt werden konnte. Zu den Zwangsablieferungen kamen als zusätzliche Druckmittel die Verpflichtung zur Selbstbesteuerung und die Nötigung zum Kauf von Staatsanleihen hinzu. Konnten diese Auflagen nicht erfüllt werden, verfiel der gesamte Besitz dem Staat, der ihn für Schleuderpreise verkaufte. In gleichem Maße verschärfte sich die Situation auf geistigem und geistlichem Gebiet. Im April 1929 wurde ein neues Kirchengesetz erlassen, welches die Tätigkeit der Religionsgemeinschaften weiter einschränkte. Bereits in der Verfassung von 1925 waren die „Kultdiener“, d. h. Priester, Mönche, Pfarrer und Prediger, zu Klassenfeinden gestempelt worden; ihnen wurde das aktive und passive Stimmrecht entzogen. Das neue Gesetz verschärfte die Kontrolle der kommunistischen Machtorgane über die Kirche. Jede Gemeinde mußte mit ihrem leitenden Gremium bei der zuständigen Regierungsstelle registriert werden. Nicht genehme Mitglieder der Kirchenleitung wurden nicht akzeptiert. Das Gesetz verbot, besondere Kinder- Jugend-, Frauen-, Gebets- und andere Versammlungen zu veranstalten, ebenso die Durchführung allgemein biblischer, literarischer und handarbeitlicher Tätigkeiten, und außerdem alle Versammlungen, die religiösem Unterricht dienten. Den örtlichen Machtorganen wurde das Recht eingeräumt, Kirchen zu schließen, wenn „das Gebäude für staatliche oder öffentliche Zwecke benötigt wird“. Die Formulierungen des neuen Kirchengesetzes waren so allgemein gehalten, daß in der Praxis jedes Vorgehen der Ortsbehörden gegen die Kirche abgedeckt war. Im August 1929 wurde die kontinuierliche Sechstageswoche eingeführt, um auf diese Weise den Sonntag abzuschaffen. Die Folgen dieser gesetzlichen Maßnahmen setzten bald ein: Prediger wurden verhaftet und Kirchen geschlossen, weil man sie als Kulturhäuser (Klubs) „benötigte“.

III.

In dieser Situation wurde den Mennoniten in der Sowjetunion immer deutlicher bewußt, daß ihre geistliche, kulturelle und wirtschaftliche Eigenständigkeit zu Ende ging. In ihrer Not sahen die meisten den einzigen Ausweg in der Auswanderung zu Verwandten nach Kanada. Noch in den Jahren 1923 bis 1926 hatten etwa 18.000 Mennoniten legal aus der Sowjetunion nach Kanada auswandern können. Aus den westsibirischen Kolonien waren damals nur wenige Familien ausgewandert. Obwohl jetzt allgemein bekannt war, daß es keine Möglichkeit zum legalen Verlassen der Sowjetunion mehr gab, fuhren Anfang 1929 einige mennonitische Familien aus der Slawgorod-Kolonie nach Moskau, um durch Verhandlungen mit den höchsten Regierungsstellen die Genehmigung zur Auswanderung zu erwirken. Und wirk-

lich, im Frühjahr desselben Jahres wurden ihnen nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen die Reisepässe ausgehändigt: Sie durften die Sowjetunion verlassen. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in den mennonitischen Siedlungsgebieten, vor allem in den sibirischen, die Nachricht: „In Moskau ist es möglich, Reisepässe zu erwirken!“

Aus fast allen Gegenden trafen „Kundschafter“ in Moskau ein, um sich an Ort und Stelle zu informieren; aber auch ganze Familien kamen nach Moskau. Bis zum Herbst 1929 gelang es dann tatsächlich kleineren Gruppen, die Sowjetunion zu verlassen. Ab September „kommen jeden Tag 100 bis 150 Familien an. Sie werden von dort weilenden Verwandten und Freunden an den Haltestellen der Vorortbahn auf Plattdeutsch begrüßt, willkommen geheißen und unter Dach gebracht.“⁶⁶ Tausende von Mennoniten hatten sich im November 1929 in den Vororten von Moskau angesammelt, die meisten kamen aus den Siedlungen in Westsibirien.

Die Abschiedsbriefe derer, denen es gelungen war, die sowjetische Grenze hinter sich zu lassen, verursachten „eine Massenflucht nach Moskau“. In der Slawgoroder Siedlung führte dies dazu, daß ganze Dörfer leer wurden. „In unserem Dorf blieben nur drei bis vier Familien, und das waren Lutheraner.“⁶⁷ Heimlich, bei Nacht und Nebel, verließ manch eine Familie Haus und Hof und brach nach Moskau auf. Andere wiederum verkauften auf Versteigerungen ihr Hab und Gut. So kam es in manchen mennonitischen Dörfern dazu, daß jeder Tag der Woche mit einer Versteigerung belegt war. Natürlich war dies nicht im Sinne der kommunistischen Behörden, welche die Versteigerungen sehr bald verboten. Um den Strom der Mennoniten nach Moskau zu unterbinden, wurde den Stationsvorstehern untersagt, Fahrkarten nach Moskau an Deutsche zu verkaufen. Daraufhin versuchte man mit Pferdewagen einige Stationen an der Bahnstrecke nach Moskau vorwärts-zukommen, um dort Fahrkarten nach der Hauptstadt zu erstehen. In Moskau wurden darüber hinaus Wartesäle regelmäßig von GPU-Soldaten⁸ durchkämmt. Wenn man dabei auf Deutsche stieß, wurden sie festgenommen und sofort in ihre Heimatorte zurückgeschickt, oder die GPU⁹ holte die Leute einfach aus dem Zug.

Die nach Moskau gelangten Mennoniten mieteten sich in die Sommerhäuser (Datschen) der Vororte ein, wo sie auf engstem Raum bei hohen Mieten hausten. Zunächst versuchte jeder auf eigene Faust mit den Behörden zu verhandeln. Dann ordneten diese an, daß sich Gruppen bilden sollten, von denen jeweils ein Leiter zu bestimmen sei. Dieser mußte für seine Gruppe eine Liste mit den erforderlichen Formularen anlegen. Eine solche Gruppe bestand aus etwa 150 Familien. Im ganzen hat es wahrscheinlich 16 Listen

dieser Art gegeben. Die sowjetischen Behörden waren sich offensichtlich nicht darüber klar, was sie mit diesen Deutschen anfangen sollten. Zu einem der Gruppenleiter soll ein hoher Beamter gesagt haben: „Wenn ihr mit Gewehren in der Hand einen Aufstand hervorgerufen hättet, so würde uns das nicht so viel zu schaffen machen wie das, was ihr jetzt tut.“¹⁰

Die Parteiführer in Moskau und vor Ort reagierten auf die Auswanderungsbewegung äußerst gereizt. In einem Bericht des Parteisekretärs des Gebietes Slawgorod heißt es: „Der deutsche Kulak stemmt sich mit allen Kräften gegen die sozialistische Entwicklung. Er hat uns eine politische Ohrfeige verpaßt, die in ihrer Auswirkung weitaus gefährlicher ist als der Tod einiger Dorfaktivisten, die von Kulaken hinterrücks erschossen wurden. Der Kulakenterror [in den russischen Dörfern, G. H.] ist eine Bagatelle im Vergleich zu der politischen Agitation des deutschen Kulaken, der nicht nur ideelle, sondern auch politisch-organisatorische Hilfe vom amerikanischen Kapitalismus erhalten hat. Eine Auswanderung nach Amerika zu organisieren und die Masse der Arm- und Mittelbauern hinter sich zu bringen — und das noch im dreizehnten Jahr des Bestehens der Sowjetmacht — kann nur ein politisch gebildeter und organisatorisch fähiger Kulak leisten. Bei dem Zutandekommen einer solchen Emigrationswelle arbeitet er mit sämtlichen Mitteln. Die religiösen Dogmen eines Menno münzt er um in politische Losungen zum Kampf gegen die Sowjetmacht.“¹¹

Hier wird deutlich, daß man in der kommunistischen Partei die wahre geistige und wirtschaftliche Situation in den Mennonitendörfern sowie deren Beziehungen zum Ausland überhaupt nicht kannte. Dieser Irrtum kommt auch in den Propagandamaßnahmen zum Ausdruck, welche das Zentralkomitee in Moskau durchzuführen anordnete. Deutsche Kommunisten und Komsomolzen (Jungkommunisten) aus den Ortsverbänden mußten demzufolge die in den Vororten von Moskau wartenden Mennoniten davon überzeugen, daß eine Auswanderung für sie von Nachteil sei. Sie sollten also in ihre Heimatdörfer zurückkehren, denn die Emigration sei von den Kulaken und den „Priestern“ organisiert. Die Bemühungen der Agitatoren, einen Keil zwischen Mittel- und Kleinbauern einerseits und „Kulaken“ anderseits zu treiben, gingen aber ins Leere.¹² Für die Sowjetmacht waren die Flüchtlinge ein gewaltiger Prestigeverlust in der Weltöffentlichkeit. Anfang November 1929 hatte die Sowjetregierung mit der Verhaftung mennonitischer Familienväter begonnen. Die Verhafteten wurden in die berüchtigten Moskauer Gefängnisse Butyrki und Lubjanka gebracht. Dort wollte man durchaus herausbekommen, welche „Organisation“ hinter den massenhaften Auswanderungsbestrebungen stehe. Dann verlangte man von den Verhaf-

teten, daß sie sich schriftlich verpflichteten, freiwillig mit den Familien in die Heimatomorte zurückzugehen. Um sie gefügig zu machen, wurden sie in sogenannte „Hundezellen“ gesperrt. Davon gab es zwei Arten, eine heiße und eine kalte ... Nun wurden 18 Mann von uns in einen kleinen, leeren Raum geführt, der keine Fenster hatte. Bald wurde uns klar, was man mit uns vorhatte. Durch ein Loch in der Wand wurde heiße, dumpfe Luft reingelassen ... Man wollte uns müde machen. Bald lagen wir entkleidet auf dem Fußboden und versuchten, das bißchen Luft, das durch die Türritze eindringen konnte, einzusatmen. Es waren furchtbare Minuten“ Ähnlich qualvoll war der Aufenthalt in der „kalten Hundezelle“, wo die Verhafteten eisiger Kälte ausgesetzt waren.¹³

Als das Warten auf eine Entscheidung immer quälender, die Ungewißheit immer größer wurde, versuchten die Flüchtlinge, die Verbindung zur Deutschen Botschaft aufzunehmen. Auch das war gefährlich: Jeden Besucher suchte man möglichst schon am Betreten der Botschaft zu hindern; wenn er dabei nicht verhaftet wurde, nahm man ihn beim Verlassen des Gebäudes fest. In beiden Fällen widerfuhr den Betroffenen das, was von einem ihrer Leidensgenossen oben beschrieben worden ist.

Dennoch war die Deutsche Botschaft über das, was sich in den Vororten von Moskau abspielte, gut unterrichtet. Professor Auhagen, der der Botschaft angehörte, besuchte die Flüchtlinge, hielt die Verbindung zu den zuständigen sowjetischen Stellen aufrecht und konnte manch einen Willkürakt der sowjetischen Miliz verhindern. Durch ihn erfuhr die Weltpresse von den Vorgängen in Moskau. Die sowjetischen Behörden erklärten Auhagen zur „unerwünschten Person“ und verlangten, daß er ausgewiesen werde, was auch geschah.

IV.

Als sich die deutsche Reichsregierung am 23. November 1929 bereit erklärte, die in Moskau verbliebenen Flüchtlinge aufzunehmen, war es für die meisten bereits zu spät. In einer Empfehlungsschrift an das Auswärtige Amt in Berlin hatte sich Professor Auhagen noch für eine Übernahme der deutschen Flüchtlinge aus der Sowjetunion ausgesprochen. Das Deutsche Reich bemühte sich daraufhin weiter um einen schnellen Abtransport der vor Moskau wartenden Flüchtlinge. Die Finanzierung dieses Unternehmens mußte vom Deutschen Reichstag bewilligt werden. Alle Parteien stimmten zu, mit Ausnahme der kommunistischen Partei. Der kommunistische Abgeordnete Maskowski äußerte sich zur Ablehnung des Nachtragsetats durch seine Partei so: „Für die sogenannten Brüder in Not, für die russischen Ku-

laken, jene reichen Bauern, die aus Rußland vor der Kollektivierung der Landwirtschaft geflohen sind, soll keine Finanzhilfe ausgeworfen werden.“¹⁴ Bis zum 12. Dezember 1929 waren 5.671 Rußlandflüchtlinge nach Deutschland gekommen. Darunter waren 3.885 Mennoniten, 1.260 Lutheraner, 468 Katholiken, 51 Baptisten und sieben Adventisten.¹⁵

Da es sich aus den Verhandlungen mit der kanadischen Regierung ergeben hatte, daß die Flüchtlinge vor dem Frühjahr 1930 nicht nach Amerika auswandern konnten, bereiteten deutsche Regierungsstellen Sammellager in Hammerstein, in Mölln und in Prenzlau vor. Zur Betreuung der Flüchtlinge wurde der Reichstagsabgeordnete Severing zum Reichskommissar für die „Deutsch-Russische Hilfe“ ernannt. Die Betreuung in den Lagern wurde dem Roten Kreuz übertragen. Diese Organisation machte auch die deutsche Öffentlichkeit mit der Notlage der Deutschen in der Sowjetunion bekannt, worauf nahnhaftige Spenden eingingen. Reichspräsident von Hindenburg stiftete 200.000,- Reichsmark aus seinem Privatvermögen. Besonders aber setzte sich die Vereinigung „Brüder in Not“ helfend ein.¹⁶

An all' diesen Verhandlungen war Professor Benjamin Unruh, selbst ein Rußlandmennoniten, maßgeblich beteiligt. Es hat danach mannigfache Versuche gegeben, die Bauern aus der Sowjetunion wenigstens teilweise in Deutschland anzusiedeln, was bei den verschiedenen Parteien im Reichstag heftige Diskussionen auslöste. Diese Versuche erwiesen sich allesamt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als nicht realisierbar. Auch der Plan, den Völkerbund in Genf für die Aus- und Umsiedlung der deutschen Bauern aus der Sowjetunion zu gewinnen, war undurchführbar.

Gleichzeitig mit den Verhandlungen der deutschen Reichsregierung über die Ausreise der Deutschen hatten Überlegungen stattgefunden, die Flüchtlinge nach Übersee weiterzuleiten. Die Mennoniten strebten zwar alle nach Kanada, wo sie Verwandte hatten, doch weigerte sich die kanadische Regierung, wie bereits erwähnt, die Rußlandflüchtlinge aufzunehmen mit der Begründung, sie vor Wintereinbruch nicht mehr unterbringen zu können. Es dürfte bei den kanadischen Behörden wohl auch die Befürchtung bestanden haben, daß „das deutsche Element“ bei geschlossener Ansiedlung zu stark anwachsen könne.¹⁷

Erst nachdem sich das Deutsche Reich verpflichtet hatte, die von den kanadischen Behörden abgewiesenen Flüchtlinge wieder aufzunehmen, gestattete die kanadische Regierung einer Gruppe von 300 Personen die Einwanderung.

Auch mit Brasilien trat das Deutsche Auswärtige Amt in Verhandlungen ein. Der brasilianische Botschafter erklärte jedoch, „... daß seine Regierung

Bedenken gegen die Einwanderung von Mennoniten habe, die Gegner der allgemeinen Wehrpflicht seien, die sich zudem gänzlich von ihren andersgläubigen und andersrassigen Siedlungsnachbarn abschlossen und damit für das brasilianische Volkstum nicht assimilierungsfähig und -bereit seien“.¹⁸

Nun blieb nur noch Paraguay, dessen Regierung bereit war, die rußland-mennonitischen Flüchtlinge aufzunehmen. Das Auswärtige Amt hielt jedoch den Chaco als Siedlungsgebiet für ungeeignet und nahm die Verhandlungen erst gar nicht auf.

Jetzt setzten sich die Mennoniten selbst für die Fortführung der Gespräche mit den betreffenden Regierungsstellen in Paraguay und Brasilien ein. Zwei Männern gelang es, die Ansiedlung rußlandmennonitischer Bauern in diesen beiden Ländern in Gang zu bringen: Professor Benjamin Unruh, Deutschland, und Dr. Harold S. Bender, USA.¹⁹

V.

Was waren die Ursachen für die Massenflucht aus den mennonitischen Dörfern in der Sowjetunion gewesen? Die Beweggründe der Mennoniten für die Auswanderung werden von Brul in folgenden Punkten zusammengefaßt: Die Kollektivierung und die Entkulakisierung, die Einführung des Fünfjahresplanes, die Selbstbesteuerung, die hohen Steuern im allgemeinen und die erzwungene überhöhte Getreideablieferung, das Verbot der religiösen Erziehung der Kinder und die antireligiöse Propaganda, die Einberufung zum Militärdienst, die Zerstörung des Familienlebens.²⁰

Die Dorfversammlungen, bei denen sich die mennonitischen Bauern über die Auswanderung aussprachen, wurden von den sowjetischen Behörden genau beobachtet; die dort gemachten Äußerungen haben sie in Geheimberichten festgehalten. Einige davon seien hier im Wortlaut wiedergegeben:

– „Der Fünfjahrplan bedeutet für uns eine zwangsweise, vollständige Kollektivierung und macht uns zu Sklaven, deswegen wollen wir nicht in den Kolchos eintreten. Mit zehn Ochsen bringt man uns nicht in den Kolchos ...“ (Friesen und andere auf einer Versammlung der Dorfarmen).

– „Ein solches Ungetüm von Fünfjahrplan kann man nicht verwirklichen ... Man kann nicht länger in der Sowjetunion leben; es gibt keine Gewissensfreiheit, keine Pressefreiheit, die Religion wird verfolgt. Wenn du die Wahrheit sagst, wirst du verhaftet“ (Günter, Kitschkas).

– „Die Deutschen wollen nach Amerika auswandern, weil dort das Privateigentum garantiert wird. Wer heute Mittelbauer ist, kann morgen als Ku-

lake eingestuft werden, und dann macht man ihn durch Sondersteuern kaputt“ (Kliwer).

– „Die Sowjetmacht schnürt uns die Gurgel zu mit verschiedenen Steuern. Sie nimmt uns das Getreide weg, verkauft unser Vermögen und droht uns ständig mit dem Gericht ... Jetzt wird das Hab und Gut der Kulaken verkauft; aber wir sind keine Kulaken, sondern arbeitsame Bauern, und morgen macht ihr mit uns dasselbe.“

– „Die ganze Politik der Sowjetmacht läuft doch darauf hinaus, möglichst schnell die Einzelwirtschaften zu vernichten und die gewaltsame Kollektivierung aller Bauern durchzuführen ... Wir sind gezwungen, Schutz bei unseren Brüdern im Ausland zu suchen ... Die Religion wird verfolgt, der Aufbau des Sozialismus bedeutet die völlige Ausrottung des religiösen Lebens. Die Religion ist nicht vereinbar mit dem Sozialismus. Der Kolchos zerstört das Familienleben. Für uns aber ist die Religion und das Familienleben das Allerwichtigste. Um dies zu erhalten, müssen wir auswandern. Nicht die Kulaken und die Prediger haben uns dazu überredet; die Sowjetmacht zwingt uns dazu.“²¹

Dazu eine rückblickende Äußerung aus dem Sammellager Mölln, in welchem ein Teil der rußlandmennonitischen Flüchtlinge bis zu ihrer Auswanderung nach Übersee untergebracht war: „Wir konnten nicht ohne Grauen in die Zukunft blicken, in eine Zeit, wo unsere Kinder unseres und unserer Väter Glauben spotten würden, und wir suchten sehnsüchtig nach einem Ausweg und flehten zu Gott um Errettung aus unserer Drangsal.“²²

Die kommunistischen Behörden vermuteten hinter der Auswanderungsbewegung eine Geheimorganisation und staatsfeindliche Agitatoren. Auf die Frage danach antwortete ein Betroffener: „Unsere Agitatoren für die Auswanderung sind 1. die Verfolgung unserer Religion, 2. eure Getreidebeschaffung, 3. euer Fünfjahrplan.“²³

Aus diesen und ähnlichen Stimmen ergibt sich ein eindrucksvolles Bild davon, wie die Mennoniten selbst ihre Lage einschätzten: Ihre Weigerung, in den Kolchos einzutreten, beruhte nicht allein auf wirtschaftlichen Gründen, sondern auch darauf, daß damit das Familienleben zerstört würde. Es ist erstaunlich, daß sie das schon damals erkannt haben, denn gerade dies ist später tatsächlich geschehen. Durch den ständig wachsenden Druck auf das religiöse Leben traf die bolschewistische Partei den Lebensnerv der Mennoniten. Damit war ihr Vertrauen zu den kommunistischen Machthabern vollends erschüttert.

Diese hatten die eigentlichen Ursachen des umsichgreifenden Auswanderungsfiebers offensichtlich gar nicht erkannt. In ihrer blinden Ideologie

reduzierten sie sie auf den vermeintlichen Klassenkampf, indem sie die sogenannten Kulaken und die „Kultdiener“ für die Auswanderungsstimmung verantwortlich machten. Danach gab es „für den Wunsch der deutschen Mennoniten auszuwandern zwei Gründe: Man wollte die Sekte vor dem unentrinnbaren Zerfall hinüberretten und außerdem die kapitalistische Wirtschaftsstruktur, die bei ihrer Überführung in das sozialistische System zerstört worden wäre, unbedingt erhalten.“²⁴

Der damalige Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. J. Kalinin, formulierte die offizielle Version der Beurteilung dieses Phänomens wie folgt: „Die Emigrationsbewegung ist ein direktes Ergebnis des Kulakentums, des Klerus und anderer antisowjetischer Elemente, die sich die Mängel in der Arbeit wie auch die Fehler einiger örtlicher Machtorgane und einzelner Mitarbeiter in der Kolchosbewegung ... zunutze machten.“²⁵

Die soziale Zusammensetzung der zur Emigration entschlossenen Mennoniten zeigt jedoch ein anderes Bild, als es die kommunistische Propaganda unermüdlich entwarf: Im Gebiet Slawgorod gehörten 29 % der Auswanderungswilligen zu den Wohlhabenden, 56 % waren Mittelbauern und 16,4 % „arme Bauern“.²⁶ Dieses Zahlenverhältnis widerlegt die offizielle sowjetische These, es seien vor allem die Kulaken zur Auswanderung entschlossen und an ihr beteiligt gewesen. Von einem „Klassenkampf“ kann demnach nicht die Rede sein.

Bei solch entgegengesetzten Standpunkten, Wertmaßstäben und Zielen konnte es keine Verständigung zwischen beiden Seiten geben. Wenn die Mennoniten als Glaubens- und Volksgemeinschaft bestehen bleiben wollten, blieb für sie nur die Auswanderung. Die Entwicklung der folgenden Jahre bestätigte das. Der Wille zur Auswanderung lebte bei den Mennoniten in den westsibirischen Siedlungen auch im Jahre 1930 noch fort; nur mit physischer Gewalt konnte die sowjetische Regierung diesen Willen, diese Haltung brechen.

VI.

Mitte November begann der gewaltsame Rücktransport der Mennoniten aus Moskau. Die Familien wurden nachts abgeholt, auf Lastwagen verladen und zur nächsten Station gebracht. Die Milizsoldaten gingen dabei äußerst brutal vor: Mit Gewehrkolben und Bajonetten trieben sie die Menschen in die Waggons, wobei es Verletzte und Tote gab.

Auch die bereits verhafteten Familienväter bringt man dorthin. 40 bis 60 Menschen werden in einen Güterwagen gepfercht, der mit der Aufschrift „Umsiedler“ gekennzeichnet und dann von außen verriegelt wird. In kaum

einem Waggon gibt es einen Ofen, Brennmaterial ist überhaupt nicht vorhanden. Während der ganzen langen Fahrt nach Sibirien werden die Menschen nicht mit Lebensmitteln, kaum mit Wasser versorgt. Als der Zug zum ersten Mal hält, muß man 60 tote Kinder notdürftig begraben, berichtet eine Mutter. Etwa 8.000 Menschen hat man auf diese Weise aus Moskau abtransportiert, viele in die Verbannung, andere zurück in ihre Heimatdörfer.²⁷

Was geschah nun mit denjenigen, die endlich dort eintrafen? Sowohl für die zurückkehrenden Flüchtlinge als auch für die Wirtschaft in den betroffenen Gebieten war die Lage katastrophal. „Als unsere Leute von Moskau zurückkamen, wurden sie von den Behörden in die Dörfer gebracht. Ihr Zustand war bejammernswert. Vielen sind die Hände und Füße erfroren, andere sind halbtot vor Frost und Mühsalen. Die Kinder gehen in die Rusendörfer und betteln um ein Stückchen Brot. In den Zeitungen steht, daß die Zurückgeschickten alles zurückerhalten werden, aber das ist nicht wahr. Die Sowjets nehmen alles, aber zurück geben sie nichts. Wenn die Armen nach Mehl kommen, dann verlangt man von ihnen, daß sie zuerst unterschreiben, daß sie nie mehr auswandern werden, und das tun sie bis heute nicht.“²⁸

Fast die Hälfte aller Höfe im Gebiet Slawgorod lag in Trümmern. Die menonitischen Bauern, die nach Moskau geflohen waren, hatten soweit das noch möglich gewesen war, zuvor ihr Hab und Gut verkauft, oft zu Schleuderpreisen. So konnte man zu dieser Zeit in Slawgorod ein Pferd, welches zuvor 100 Rubel gekostet hatte, für drei Rubel kaufen.

Gleich im Januar 1930 schwärmten hohe Parteifunktionäre aus, um die Stimmung der Bevölkerung in den deutschen Siedlungsgebieten zu ergründen. Alle kamen sie zu dem gleichen Ergebnis: Der Wille zur Auswanderung war ungebrochen; mit Einbruch des Frühjahrs war sogar mit einer noch größeren Fluchtbewegung zu rechnen. Dies bestätigte auch der sowjetische Geheimdienst.²⁹

Gegen vermeintliche Anführer der Auswandererbewegung griffen die Sicherheitsorgane hart durch. In einem Bericht an V. Molotow³⁰ „persönlich“ heißt es: „... alle Organisationen und Leiter der Emigrationsbewegung sind verhaftet: Kulaken und Geistliche, alle Personen, die mit ausländischen Organisationen in Verbindung standen ... Trotz der ergriffenen Maßnahmen weitet sich die Emigrationswelle aus.“³¹

Neben der ideologischen „Bearbeitung“ der deutschen Bevölkerung sollte auch materielle Hilfe gewährt werden, um die ruinierten Höfe wieder aufbauen zu können. Von den Regierungsstellen wurden Finanzmittel zum Ankauf von Pferden, Kühen, landwirtschaftlichem Inventar und Saatgetreide

zur Verfügung gestellt. Diese Hilfsmittel erreichten die rückgeführten Flüchtlinge nur zu einem geringen Teil oder überhaupt nicht. So landete das Brotgetreide, das im Gebiet Slawgorod für die Deutschen bestimmt war, in Werkskantinen, wurde an Behördenangestellte ausgegeben oder an die russische Bevölkerung verteilt.

VII.

Im März 1930 kam es erneut zu einer großen Emigrationswelle, die diesmal auch Teile der russischen Bevölkerung erfaßte. Trotz ausdrücklichen Verbotes fand an verschiedenen Stellen wiederum der Ausverkauf von Hausrat und Vieh statt. Massenweise traten Bauern aus den Kolchosen aus. Sie weigerten sich, die Felder zu bestellen. In fünfzehn Dörfern der deutschen Kolonie Slawgorod lehnten die Bauern es ab, die Frühjahrsaussaat durchzuführen. Wieder machten sich Tausende auf den Weg, um nach Moskau zu gelangen. Aber die Behörden waren diesmal besser vorbereitet als im Herbst 1929. Mobile Spezialtruppen der GPU fingen die Flüchtlinge in der Steppe ab oder holten die Menschen mit Gewalt aus den Zügen und brachten sie in ihre Dörfer zurück.

Verzweifelt versuchten die sowjetischen Behörden, die wahre Situation geheimzuhalten. Dennoch erfuhr der deutsche Konsul in Nowosibirsk von diesen Vorgängen und richtete daraufhin ein Protestschreiben nach Moskau.³² Gefruchtet hat es nicht. Im Gegenteil, die Lage der Deutschen verschlimmerte sich dramatisch.

Im Mai 1930 unternahm der stellvertretende Minister für Kultur und Bildung der RSFSR eine Inspektionsreise durch die deutschen Siedlungsgebiete Westsibiriens. Hier ein Auszug aus seinem Bericht. „Der deutsche Rayon, in welchem zweiunddreißigtausend Menschen leben, bietet einen schauerlichen Anblick, welcher an den Rückzug einer großen Armee mit gewaltigen Verlusten an Vieh erinnert. Überall liegen auf den Feldern Kadaver von Pferden, Kühen und Kälbern. Welch ein widerlicher Anblick! Das Bild einer gewaltigen Heimsuchung eines ganzen Volkes! Die Dörfer sind zum großen Teil verwüstet, die Häuser zerfallen oder unbewohnt. Nirgendwo sieht man die sonst für das deutsche Dorf übliche Geschäftigkeit, die Vorbereitung für die Frühjahrsaussaat, die das neue Wirtschaftsjahr einläutet. Ganz das Gegenteil davon: der Bauer sitzt buchstäblich auf Abruf da in Erwartung der warmen Tage, um nach Moskau zu fahren und von dort weiter ins Ausland.“³³ Diese Deutschen, diese Mennoniten kamen nie in Moskau an. Am 19. Juni 1930 versammelten sich an die 800 Vertreter der deutschen Bauernschaft in Alexandrowka, überwiegend Mennoniten. Auch den Vorsitzenden der

Kreisverwaltung hatte man eingeladen, um die entstandene Situation mit ihm zu beraten. Auf Weisung höherer Instanzen durfte er nicht teilnehmen, somit war die Versammlung nach Auffassung der Behörden illegal. Es ging das Gerücht um, der deutsche Konsul in Nowosibirsk dürfe 4.000 Visa ausstellen. Eine „Kommission zur Förderung der Emigration“ wurde eingesetzt, „da die Religion in der UdSSR unterdrückt“ werde. Sodann wurde an die Deutsche Botschaft die Bitte gerichtet, sie möge bei ihrer Regierung um eine beschleunigte Erlaubnis zur Auswanderung nachsuchen, zumal mennonitische Glaubensgeschwister im Ausland bereits Land zur Ansiedlung gefunden hätten. Dem Geheimdienst, der die Versammlung bespitzelte, gelang es, die Teilnehmerliste zu entwenden. Eine Protestveranstaltung am nächsten Tage hatte keinen Erfolg. Nach dieser Liste wurden später Massenverhaftungen vorgenommen.³⁴

Am 2. Juli 1930, einem Markttag, kam es in Halbstadt zu einer großen Protestversammlung.³⁵ Eine Menschenmenge drängte zum Verwaltungsgebäude und erhob dort ungestüm die Forderung nach Ausreise aus der Sowjetunion, nach Befreiung der verhafteten „Kulaken“ und Prediger, sowie nach Einstellung des Kampfes gegen die Religion: „Wir wollen nicht, daß unsere Kinder zu Krüppeln in der Schule gemacht werden, wo eine antireligiöse Propaganda getrieben wird.“³⁶ Die aufgebrachte Menge setzte Mitarbeiter der GPU und Mitglieder des Parteikomitees fest. Es gelang den Belagerten, Verstärkung aus Slawgorod anzufordern. Ein Trupp von bewaffneten GPU-Soldaten traf ein, worauf die Menge auseinanderlief. In den nächsten Tagen setzte eine Verhaftungswelle ein. Von den 500 verhafteten Teilnehmern an der Protestaktion blieben nur 20 am Leben.³⁷

VIII.

Einen solch massiven Widerstand gegen die Staatsgewalt hatte es in der Geschichte der Mennoniten bisher nicht gegeben. Und wenn schon bei dieser Protestaktion mennonitische Bauern wahrscheinlich in der Minderheit waren, so war es doch auch die Erbitterung und Verzweiflung der Daheimgebliebenen, die hier in Aktionen zum Ausdruck kam, welche niemals die Sache der Mennoniten gewesen waren.³⁸ Dieser aufsehenerregende, unbedachte Schritt zur Bewahrung der Volks- und Glaubensgemeinschaft blieb einzigartig in der Geschichte der Rußlandmennoniten. Den Mut zu einem solchen Auftritt hatte ihnen die, wie sie glaubten, verbürgte Hoffnung verliehen, daß Deutschland sie, die Deutschen in der Sowjetunion, herausholen würde, damit sie eine neue Heimat in Übersee finden könnten. Denn in der UdSSR würden sie, individuell und als Volk, aufgerieben werden.

Daß sie dann in dieser Hoffnung, auf die sie alles gesetzt hatten, enttäuscht wurden — darin lag die Tragik des Rußlandmennonitums in den Jahren 1929 und 1930. Mit diesem psychischen Zusammenbruch war auch das Ende ihrer Existenz als Glaubens- und Kulturgemeinschaft vorgegeben.

Die nun mit noch größerer Härte durchgeführte Zwangskollektivierung, verbunden mit einer Massenverbannung, der niemand sich entziehen konnte, brach den Willen zur Auswanderung vollends, zumal die Mennoniten im Spätsommer 1930 aus Moskau erfuhren, daß die sowjetische Regierung der Deutschen Reichsregierung unmißverständlich mitgeteilt hatte, es werde für die Deutschen in der Sowjetunion keine Emigration mehr geben.³⁹ Man mußte sich ins Unvermeidliche schicken.

Dies leitete für die Mennoniten in der UdSSR die Zerstörung der Familien und Gemeinden ein, womit das Ende ihres eigenständigen kulturellen Lebens vorgegeben war. Ihr Glaube aber lebte auch in Gefängnissen, in Lagern und in der Verbannung weiter, was zahlreiche erschütternde Briefe bezeugen. Doch da diesem Glauben die Gemeinde mit der Kirche, der Predigt, den Versammlungen und jeglichem Schrifttum genommen war, mußte er ganz verinnerlicht werden, so daß er sich schließlich nur noch in der Privatsphäre verwirklichen konnte, bis seine Stimme im Lärm der vielen anderen Stimmen lange Jahre nicht mehr gehört werden konnte.

1 V. I. Brul, *Mency v Zapadnoj Sibiri* (Die Deutschen in Wertsibirien), Topcicha 1995.

2 Georg von Rauch, *Geschichte des bolschewistischen Rußland*, Wiesbaden 1955, S. 234.

3 Roy A. Medvedev, *Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus*, Frankfurt 1973, S. 109.

4 Georg von Rauch, a. a. O., S. 245.

5 Kulak bedeutet eigentlich Faust. Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 bildete sich im russischen Dorf eine Schicht wohlhabender Bauern heraus. Diese wurden vielfach als „Kulaken“ bezeichnet. Lenin definiert diesen wohlhabenden Bauern als „Dorfkapita-

listen“, der durch Ausbeutung der armen Bauern zu Reichtum und Einfluß gekommen war. Die „Kulaken“ wurden im Zusammenhang mit der Kollektivierung als Klasse im soziologischen Sinne bestimmt und mußten als solche liquidiert werden. Im Prozeß der Kollektivierung galt dann jeder, der sich weigerte, in den Kolchos einzutreten, als Kulak. Vgl. Richard Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion I 1917-1945, Frankfurt 1976, S. 193 f.

6 Vor den Toren Moskaus, Yarrow, B. C., o. J., S. 72.

7 Ebd., S. 73.

8 GPU: Gosudarstvennoe politiceskoe upravlenie (Staatliche politische Verwaltung). Hinter dieser harmlosen Bezeichnung verbarg sich die geheime Staatspolizei, die mit unbegrenzten Vollmachten ausgestattet war. 1934 wurde sie umbenannt in NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten), da ihr Name zu anrüchig geworden war. Die Kompetenzen blieben die gleichen.

9 Gosudarstvennyj archiv Altajskogo kraja (Staatsarchiv Altaj-Gebiet). Im folgenden: GAAK.

10 Vor den Toren Moskaus, S. 72.

11 GAAK. Brul, S. 94.

12 Vgl. Brul, S. 92. Vor der Toren Moskaus, S. 45.

13 Vor den Toren Moskaus, S. 65.

14 Siegfried Kraft, Die rußland-deutschen Flüchtlinge des Jahres 1929/30, Halle 1939, S. 79.

15 Kraft, a. a. O., S. 58.

16 „Brüder in Not“. Als Antwort auf die Not der Flüchtlinge vor Moskau und der Deutschen in der SU schlossen sich das Deutsche Rote Kreuz, die Freien Deutschen Wohlfahrtsverbände, die Innere Mission, die Caritas und die Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden zum Reichsausschuß „Brüder in Not“ zusammen. Unter diesem Namen erließ der „Reichsausschuß“ einen Aufruf an die deutsche Bevölkerung mit der Bitte um Spenden. Etwa eine Million Reichsmark wurden gespendet.

17 Kraft, a. a. O., S. 87.

18 Ebd., S. 80.

19 Zu den Verhandlungen der Deutschen Reichsregierung siehe Peter P. Klassen, Die Rußland-deutschen Mennoniten in Brasilien, Band I, Weierhof 1995, S. 38 ff.

20 Brul, S. 87.

21 GAAK, Brul, S. 88.

22 Deutsche Post aus dem Osten, Heft 2, 1930, S. 29.

23 Kraft, a. a. O., S. 33 f.

24 Brul, S. 89.

25 Heimatliche Weiten, 2/1988, Moskau, S. 263. Diese Beurteilung von Kalinin bezeichnet Viktor Veer als „zutreffend“, d. h. er stimmt nicht 1988 dem gängigen kommunistischen Standpunkt zu.

26 Rossijskij centr chranenija i isladovandija dokumentov novejszej istorii (Russisches Zentrum für Aufbewahrung und Auswertung von Dokumenten der neueren Geschichte). Fortan: RZ.

27 Vor den Toren Moskaus, S. 121.

28 A. a. O., S. 122.

29 Brul, S. 95.

30 Vjaceslav Molotov, damals Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR (Ministerpräsident).

31 RZ, Brul, S. 95.

32 Brul, S. 107.

33 GAAK, Brul, S. 108.

34 GAAK, Brul, S. 110.

35 Die Initiative soll von den lutherischen Bewohnern des Dorfes Podsosnovo ausgegangen sein. „Es war dies nicht der Aufstand der Kulaken, sondern der Arm- und Mittelbauern. Auch Mennoniten nahmen an dem Aufstand teil. Kann man das als Mensch auch verstehen, so widerspricht es doch ganz unsern Glaubensgrundsätzen.“ Gerhard Fast, In den Steppen Sibiriens. Rosthern, Sask., o. J., S. 126. Vgl. auch: Detlev Brandes, „Kulakenaufstand“ im sibirischen Halbstadt, in: Forschungen zur Geschichte und Kultur der Rußlanddeutschen, Essen 1995, S. 98-116.

36 Brul, S. 111.

37 GAAK, Brul, S. 114.

38 Vgl. Anm. 35.

39 Brul, S. 115.